

Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. Erich-Weinert-Str. 17 10439 Berlin

Vereinsregister Nr: VR 30468 B Steuernummer: 27/674/52428

VAT: DE278022128

Web: www.okfn.de Mail: info@okfn.de Tel: +49 171 1006855

## Stellungnahme zum Kompromissvorschlag der dänischen Ratspräsidentschaft bezüglich Direktive 2003/98/EC (PSI Richtlinie)

Berlin, 7.3.2012

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Open Knowledge Foundation Deutschland (OKF DE) hat sich als Verein der Förderung des Zugangs zu und der Verbreitung von offenem Wissen in vielfältigen Ausprägungen verschrieben. Offenes Wissen und offene Daten fühen zu mündigen und aufgeklärten Bürgern, es schafft gesellschaftlichen und ökonomischen Mehrwert und ist, aus unserer Sicht, in einem demokratischen Staat unerlässlich.

Diesbezüglich arbeiten wir eng mit den europäischen Dachvereinigungen PSI-Alliance, ePSI-Platform und der internationalen Open Knowledge Foundation zusammen. In Konsultation dieser Partner möchten wir, auch auf Deutscher Seite, zu oben genannten Kompromissvorschlag, von dem wir am 6. März erstmals erfahren haben, folgende Stellungnahme abgeben.

Auch in der schnellen und überblicksartigen Begutachtung des Kompromissvorschlages wird deutlich, dass das vorliegende Papier nicht nur Schwächungen und Rücknahmen bzgl. der Vorschläge des im Februar ausgeschickten Kommissionspapieres enthält, sondern in manchen Punkten ein zurückgehen vor jene Normierungen enthält, die in der ursprünglichen PSI-Richtlinie festgehalten sind. Wir möchten daher noch einmal dringend darauf hinweisen, dass die PSI-Richtlinie, eigenen Aussagen der Kommission nach, als zentrales Instrument für die künftige Verwaltungstransparenz gesehen wird und darüber hinaus die wesentlichen Rahmenbedingungen für die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Kommission (Daten als Rohstoff) sichern soll. Der vorliegende Kompromissvorschlag der Ratspräsidentschaft bringt die diesbezügliche Klarheit des Richtlinienentwurfes und damit die Funktion der Richtlinie in Gefahr.



Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. Erich-Weinert-Str. 17 10439 Berlin

> Vereinsregister Nr: VR 30468 B Steuernummer: 27/674/52428

VAT: DE278022128

Web: www.okfn.de Mail: info@okfn.de Tel: +49 171 1006855

## A) Die vorgeschlagenen Änderungen in der PRÄAMBEL bewerten wir wie folgt:

- (7) Die durch die Richtlinie festzuhaltende Verpflichtung alle **verfügbaren Daten** (available) als Gegenstand des PSI-Regimes zu definieren, wird im Kompromissvorschlag auf alle **zugänglichen Daten** (accessible) geändert. Die Definition dieses augenscheinlich eingeschränkten Sachverhalts bleibt der Kompromissvorschlag jedoch schuldig und überlässt den Mitgliedstaaten die Ausgestaltung dieser Unschärfe. Dies wird, unserer Meinung nach, zu einer unabgestimmten Entwicklung des Open Government Data Sektors in Europa, zu Ungunsten von Austauschbarkeit und Transparenz, führen.
- (7b) Entsprechender Textvorschlag öffnet einer willkürlichen Datenöffnungspraxis Tür und Tor, indem den Mitgliedsstaaten offen gelassen wird was unter öffentlichen Aufgabenbereich zu verstehen ist. Es ist nicht einzusehen, dass der Anwendungsbereich der freien Ausgestaltung (on a case-by-case basis) der Mitgliederstaaten und deren tradierter Verwaltungspraxis überlassen wird.
- (12) Die Bestimmung die Daten zu Grenzkosten zur Verfügung zu stellen, soll nicht durch verwässerte Formulierungen geschwächt werden.
- (14a) Zu begrüßen ist, dass auch im Kompromissvorschlag die Einrichtung unabhängiger Behörden erwähnt werden. Genauere Regelungen bzgl. des Zusammenspiels dieser Behörden auf Europäischer Ebene wären jedoch noch vorzusehen.
- (14b) Im Abgehen vom Charakter der Richtlinie sollen auch exklusive Verwertungsrechte eingeräumt werden können, wenn dies im öffentlichen Interesse ist und in einem beschränkten Zeitrahmen vonstatten geht. Diese Regelung ist genauer darauf hin zu durchleuchten, ob dies nicht zu einem Ausverkauf (zumindest temporär) an große transnationale Inhalteunternehmen, zu ungunsten Deutschlands kleinteiliger Inhaltewirtschaft, geschieht. Eine genauere Durchleuchtung diesbezüglicher Szenarios empfehlen wir dringend.

## B) Die vorgeschlagenen Änderungen im TEXT DER RICHTLINE bewerten wir wie folgt:

- (2) siehe unseren Punkt A(7)
- (6) siehe unseren Punkt A(12). Indem jene Verwaltungsstellen, die durch Datenbewirtschaftung Einkünfte zum eigenen Betrieb erwirtschaften, von der Verpflichtung zur Grenzkostenrechung ausgenommen werden, wird dem Charakter der Richtlinie zuwider gehandelt. Selbst wenn man in Betracht zieht, dass die Öffentliche Verwaltung zur Erfüllung ihrer Zwecke Drittmittel aus Datenbewirtschaftung weiter lukrieren soll, so ist eine generelle Ausnahme von der allgemeinen Regel nicht zweckdienlich. Gesonderte Regeln für diese Fälle, die vor allem die Etablierung neuer Geschäftsmodelle befördert sollten hier eingreifen. Die im Kompromissvorschlag niedergelegte Ausnahme zementiert die (auf Sicht nicht mehr lange lebensfähigen) Geschäftsmodelle auf Dauer.
- (9) Im Sinne von herzustellender Verwaltungstransparenz und der Hebung ökonomischer Potentiale ist es **besonders wichtig**, dass die Auffindbarkeit, Vergleichbarkeit und Verwendbarkeit der Daten gesichert wird. Dazu müssen die Verzeichnisse **mehrsprachig**, **digital verfügbar**, **maschinlesbar** und in **offenen Standards** lesbar sein. Wenn der Kompromissvorschlag in der technischen Verbindlichkeit



Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. Erich-Weinert-Str. 17

10439 Berlin

Vereinsregister Nr: VR 30468 B Steuernummer: 27/674/52428

VAT: DE278022128

Web: www.okfn.de Mail: info@okfn.de Tel: +49 171 1006855

Abstriche macht, so ist das abzulehnen.

(12) Warum in dieser dynamischen Materie die Überprüfunszyklen in ihrer Länge nach verdoppelt werden sollen bleibt unklar und als nicht realitätsbezogen abzulehnen.

Wir begrüßen den zügigen Umsetzungsprozess in Sachen PSI-Richtlinie sehr, möchten aber darauf hinweisen, dass es sich hier u.A. auch um einen Prozess handelt, der Wirtschaftsförderung und eGovernment betrifft und im Dialog mit den entsprechenden Vertreter/innen geführt werden soll. Allzu kurze Stellungnahmefristen sind diesem Dialog nicht dienlich.

Mit der Bitte diese Stellungnahme sowohl in Ihrem Ministerium als auch bei den befassten Europäischen Stellen miteinzubeziehen, verbleibe ich mit

freundlichen Grüßen

Daniel Dietrich, Vorsitzender OKF DE